



KREISNACHRICHTEN

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - KREISVERBAND CALW -

Herausgeber: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: **Nr.7/23**



(Besuchergruppe v.r.n.l.) **Albrecht Martin**, Pressereferent Kreisverband Calw, **Joe Schwarz**, Fraktionsvorsitzender Grüne im Kreistag Calw; **Anke Much**, Co-Sprecherin Kreisvorstand Calw Bündnis90 / Die Grünen; **Dr. Frank Wiehe**, stellvertr. Landrat Landkreis Calw; **Florian Hassler** Staatssekretär des Landes Baden-Württemberg; **Gundolf Greule**, Die Grünen KV Calw; **Sophie Kraul** und **Jonathan Kraul**, Demeter-Landwirte Unterer Berghof; **Regina Schroeder**, Gemeinderätin Wildberg; **Siggi Beck** (mit Huhn) Co-Sprecher Kreisvorstand Calw Bündnis90 / Die Grünen; Kati Cysarek, Kreisvorstand Grüne KV Calw; **Anne Proß** Kreisvorstand Grüne KV Calw.

Was sind faire Preise?

Aus Stuttgart kam Florian Hassler zu den Grünen im Kreis Calw angereist. Florian Hassler ist der Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa im Staatsministerium Baden-Württemberg. Als Teil der Landesregierung ist er auch zuständig für den **Strategiedialog Landwirtschaft Baden-Württemberg**.

Nach dem Besuch bei EDEKA und der Verbrauchergenossenschaft in Calw führte die zweite Etappe Florian Hassler mit den Grünen aus dem Kreisverband Calw zu einem regionalen Hersteller von Lebensmitteln – **zum Demeter-Hof Unterer Berghof in Wildberg**.



Sophie und Jonathan Kraul, die Landwirte des Unterer Berghofes erklärten geduldig, wie das aus ihrer Sicht alles miteinander zusammenhängt.

Schon im EDEKA-Markt wurde klar, dass mehr Regio-Produkte und mehr Bio-Ware ganz im Interesse des Staatssekretärs und auch des modernen Handels sind.

Nur: entscheidend ist und bleibt dabei der Preis. Einerseits muss der zum Geldbeutel der Kunden passen, andererseits sollen faire Preise die Existenz der Bauern sichern. Diese versuchen vor allem durch Direktvermarktung – die ja mit höheren Margen für die Hersteller verbunden ist – auf ihre Kosten zu kommen.

Das Hauptprodukt des Unterer Berghofes sind Eier. Zweimal zweitausend Hühner

Inhalt

- ⇒ Besuch von Staatssekretär Florian Hassler auf dem Unteren Berghof in Efringen.
- ⇒ Ausführliches Darlegung zu Gentechnisch Veränderten Lebensmitteln
Mit Hintergrund-Material dazu
- ⇒ Fachkräfte aus dem Ausland für den deutschen Arbeitsmarkt. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz kommt.



legen hier in mobilen Hühnerställen um die Wette.

Auf der Homepage heißt es zum Angebot des Hofes:

„Mitten auf dem Hof, neben dem großen Nussbaum, ist in einem Holzhäuschen ein Selbstbedienungsladen für Sie eingerichtet. Hier können Sie jederzeit unsere leckeren Produkte bekommen: **Eiern, Kartoffel und Linsen** in Demeter Qualität auf unserem Hof gewachsen und gelegt. Außerdem finden sie dort auch noch die leckeren Gockelprodukte der Bruderhähne unserer Hennen und verschiedene Honige von den Imkern auf unseren Feldern und Wiesen.“



Europas Gemeinsame Agrarpolitik Bevorzugt den konventionellen Anbau!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 7/23



Staatssekretär Florian Hassler mit den Ehepaar Kraul inmitten ihrer Mobilstallhennen.

aber die Erträge oft mehr als doppelt so hoch. Die Förderung, welche für die Bewirtschaftung nach Bio-Richtlinien ausgezahlt wird, ist aber mitnichten doppelt so hoch wie in der 1. Säule. Im Schnitt lässt sich also sagen, dass auch mit der aktuellen GAP die Anreize durch höhere Zahlungen nicht dazu beitragen das Landwirte auf den biologischen Landbau umstellen – es lohnt sich schlicht noch nicht. Hinzu kommt noch die Kaufzurückhaltung im Einzelhandel, was vermeintlich teurere Bio-Produkte betrifft.

Seit vielen Jahren kämpfen die europäischen Grünen für eine Reform der GAP und haben dabei zwar Fortschritte, aber noch nicht den entscheidenden Durchbruch erzielt. Bei seinen regelmäßigen Reisen zur europäischen Vertretung von Baden-Württemberg in Brüssel steht die GAP-Reform ständig auf der Tagesordnung von Florian Hassler.

Die Preise sagen nicht die Wahrheit

Im Haushalt der Europäischen Union (EU) nimmt der Posten **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** mit rund 40 Mrd. € (2023), also **40.000 Millionen EURO** den Löwenanteil ein. Verteilt wird immer noch hauptsächlich bezogen auf die Fläche. Also je größer der Hof, je größer die Direktzahlungen. 70% der öffentlichen Steuergelder werden damit immer noch nach diesem Prinzip verteilt, bei dem die Methode des landwirtschaftlichen Anbaus keine Rolle spielt.

Um das alles genau nachvollziehen zu können, muss man sich damit sehr aufwändig beschäftigen. Im Ergebnis ist es so, dass die biologischen Landwirtschaft, und damit natürlich auch der Demeter-Landbau, auf dem Markt gegen konventionelle Produkte im Preis konkurrieren muss. Durch künstliche, mineralische Düngung sind

Versteckte Kosten zahlt der Steuerzahler!

Durch das milliardenschwere Programm der EU-GAP kommen Lebensmittel auf den Markt, deren Preise **nicht** die Wahrheit sagen! Scheinbar sind die konventionellen Nudeln, Mehle, Eier, Kartoffeln und Gemüse zu deutlich niedrigeren Preisen im EDEKA-Regal als diejenigen aus der ökologischen Landwirtschaft.

Die versteckten Kosten von konventioneller Lebensmittelproduktion für Umwelt, Gesundheit und Gemeinwohl werden im Supermarktregal nicht sichtbar. Zahlen tut sie der Steuerzahler aber trotzdem, nur nicht an der Kasse im Supermarkt. Würde ein GAP-System geschaffen, welches die Leistungen für Gemeinwohl und Umwelt höher honoriert, würde auch ein größerer Teil des eingesetzten Geldes für eine Landwirtschaft ausgegeben, die uns auch



Die zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) – Daten 2019

noch in Zukunft satt macht.



Die klugen Bauern und ihre gesunden Kartoffeln!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 7/23

Faire Preise brauchen echtes Verständnis

Annähernd faire Preise lassen sich für den Berghof am besten über die **Direktvermarktung** und über den Bio-Handel erzielen. *„Es reicht nicht, dass gerade junge Eltern bei ihrer Suche nach gesunden Lebensmitteln zu uns finden. Demeter bedeutet auch Landschafts- und Artenschutz, also im weitesten Sinne echtes Gemeinwohl. Alles das ist in unseren Preisen enthalten und muss auch bezahlt werden. Sonst geht unserer Rechnung nicht auf“*, machen Sophie und Jonathan Kraul der Besuchergruppe deutlich.

Bei EDEKA stehen die Demeter-Eier für 0,70 € das Stück neben den konventionellen Eiern für 0,39 €. Da braucht es beim Kunden schon ein erweitertes Verständnis, um zu den „besseren“ Eiern zu greifen.

Kartoffelanbau - zur Rettung des Bodens

Unter Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln zB gegen Kartoffelkäfer gelingt der biologische Anbau mit Hilfe des intensiven Mulchens der Kartoffelfelder. Auf die Dämme mit den eingebrachten Setzkartoffeln wird in dicken Lagen Mulch aus Grünschnitt verteilt. Viel Mulch.



Welchen Aufwand ein Demeter-Hof zum Schutz der Fruchtbarkeit der Erde und der Bio-Diversität treibt, machte Sophie Kraul am Kartoffel-Anbau mit Mulch-Decke deutlich.

für die bessere Nährstoffversorgung der Kartoffeln und des Bodens, schützt den Boden vor Austrocknung und Erosion, und dämmt die Freisetzung von Gasen aus dem Boden ein. *„Außerdem sorgt Mulch dafür, dass weniger Un-*

„Für einen Hektar Kartoffeln brauchen wir 4-5 Hektar Grünland für den Mulch! Das ist nicht nur viel Arbeit, sondern nimmt auch entsprechend Fläche in Anspruch!“ erläuterte die engagierte Landwirtin dem sichtlich beeindruckten Staatssekretär. Das geschieht kurz bevor die Kartoffelkeime die Dammkrone durchstoßen.

Mulch sorgt dann

kraut wächst. Der Boden wird das restliche Jahr über nicht mehr bewegt.“ Jonathan und Sophie meinen das sieht – neben den vielen Vorteilen für Boden und Pflanze – auch noch super aus. Alles in Allem ein Gewinn für die Kartoffel, den Boden und das Klima.

Gentechnik in den Lebensmitteln – und keiner weiß es mehr.



Auf dem Weg zu den Rindern, die am Hang hinter dem Hof auf der Weide grasten, brachte die Familie Kraul noch ein großes Anliegen beim Staatssekretär zur Sprache. Es ging um die Pläne der EU-Kommission, künftige, mit modernen gentechnischen Methoden (CRISPR/cas) veränderte Lebensmittel aus der strengen Kennzeichnungspflicht und der Pflicht zur Rückverfolgung zu entlassen. Diese Entwicklung erfüllt Sophie und Jonathan Kraul mit großer Sorge. Sie machten deutlich:

*„Die Politik hat erkannt, dass der Biolandbau ein wichtiger Baustein sein kann, um die aktuellen Probleme in der Landwirtschaft zu lösen - siehe **25 % Bio-Ziel im Green New Deal** der EU. Leider hat sie aber offensichtlich noch nicht verstanden das es dazu auch ein Commitment braucht zu den Grundlagen diese Systems.*

Diese Basis wird gerade massiv untergraben mit der unregulierten Freisetzung von NGT (Neue Gentechnik) Pflanzen. Wenn wir nicht wissen, was auf den Feldern unserer Kollegen nebenan wächst - weil sie es selbst nicht mehr wissen nach dem Willen der EU -Kommission - können wir unsere Bestände auch nicht mehr vor Verunreinigung schützen.

Die Natur ist die Grundlage auf der wir alle wirtschaften. Sichtweisen, die nur einseitig auf Gene und nicht das ganze dynamische System betrachten dienen weder der Landwirtschaft noch der Natur und ihrem Schutz. Deshalb erwarten wir eine Regulierung (Prüfung auf Risiken und Kennzeichnung) aller

Gentechnik ohne Kennzeichnung gefährdet den biologischen Anbau – grundsätzlich!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 7/23



Saatgüter, die auf den Markt kommen. Nur so kann der Transparenz und Klarheit geschaffen werden für die Verbraucher und die Landwirte.“

Für Florian Hassler war das Thema nicht gerade neu, aber offensichtlich bislang nicht mit entsprechendem Gewicht auf der Tagesordnung des Landwirtschaftlichen Strategiedialogs. „**Darum müssen wir uns kümmern**“, reagierte er auf die überzeugenden Argumente der besorgten jungen Landwirte. Hoffnungsvolle Blicke begleiteten ihn bei seiner Abreise hinunter ins Tal, wo der Grüne Kreisverband zu einer Mitgliederversammlung eingeladen hatte.

Anhang zur Deregulierung neuer Gentechnikmethoden:

Was das in der politischen Praxis bedeutet, dazu schreiben ganz aktuell am 16. Juni 2023 die beiden Grünen Mitglieder des Bundestages Karl Bär und Harald Ebner:

Kar Bär, Grüne MdB, Agrarökonom

„Der Vorschlag der EU-Kommission zur Deregulierung neuer Gentechnikmethoden ist ein Frontalangriff auf das europäische landwirtschaftliche Modell. Pflanzen mit bis zu 20 gentechnischen Veränderungen sollen als gleichwertig mit konventionell gezüchteten Pflanzen gelten. Lebensmittel aus Pflanzen mit 20 wirksamen gentechnischen Veränderungen würden ungekennzeichnet auf dem Teller von Verbraucher*innen landen und ohne wissenschaftliche Risikoprüfung in die Natur entlassen.“

Der Vorschlag gefährdet die ökologische und in der EU vorherrschende gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie müssten sich mit immer mehr Aufwand vor Kontamination schützen. Die Verordnung will den Mitgliedsstaaten sogar verbieten, Maßnahmen zum Schutz von Ökolandbau, sensiblen Gebieten oder gentechnikfreien Regionen zu ergreifen. Die Europäische Kommission scheint vollständig vor den Gentechnik-Konzernen eingeknickt zu sein. Der Mehrwert der Deregulierung für die

Gesellschaft bleibt mehr als fraglich, während die Großkonzerne sicher davon profitieren. Das Europäische Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten müssen diesen Vorschlag schnell und vollständig zurückweisen.“

Harald Ebner, Grüne MdB, Agrarwissenschaftler

„Gentechnik statt Verbraucherschutz: EU-KOM will Wahlfreiheit und Risikoversicherung abschaffen! Der Gentechnik-Deregulierungsvorschlag der EU-Kommission ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten: Die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen wird abgeschafft, stattdessen wird Verbrauchertäuschung quasi vorgeschrieben. Verkehrte Welt. Es kommt noch schlimmer: Auch Risikoprüfungen will die KOM jetzt für fast alle denkbaren gentechnisch erzeugten Pflanzenkonstrukte abschaffen, obwohl niemand auch nur annähernd abschätzen kann, welche Eigenschaften diese Konstrukte haben werden und was das für die Ökosysteme bedeutet. Für die Umweltpolitik der KOM ist das eine Bankrotterklärung. Und dass die Kommission sich selbst das Recht einräumen will, zukünftig alleine, ohne die bisher beteiligten demokratisch legitimierten Gremien, entscheiden zu dürfen, für welche Gentechnik-Organismen das bisherige Gentechnikrecht überhaupt noch gelten soll, schlägt dem Fass den Boden aus. Damit untergräbt die Kommission nicht nur Verbraucherschutz und das Vorsorgeprinzip für Umwelt und Gesundheit, sondern hebt auch noch die demokratische Mitwirkung von Europaparlament und Mitgliedstaaten aus.“

© Text: Albrecht Martin

© Fotos: Webseite Unterer Berghof

© Fotos Besuchergruppe: Wolfgang Much

© GAP-Grafik: [https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Dossier_Landwirtschaft_S%C3%](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Dossier_Landwirtschaft_S%C3%9A4ulenstruktur_der_Gemeinsamen_Agrarpolitik.pdf)

[A4ulenstruktur_der_Gemeinsamen_Agrarpolitik.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Dossier_Landwirtschaft_S%C3%9A4ulenstruktur_der_Gemeinsamen_Agrarpolitik.pdf) Abruf 2023-06-23



Dr. Frank Wiehe hat eine neue Freundschaft geschlossen!

Deutschland heißt Fachkräfte willkommen!

Grüne KreisNachrichten: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 7/23

Modernes Einwanderungsland

Kürzlich war unser Solartechnik im Haus, da wir mit dem Glasfaseranschluss auch einen neuen Router bekommen hatten. „Und, wie sieht es bei euch aus mit neuen Kollegen?“. „Schlecht. Wir suchen händeringend – finden keine. Jetzt haben unsere Kunden für eine PV-Anlage eine lange Wartezeit von einem halben Jahr“, antwortete der junge Elektriker. **Wir alle, vor allem der Mittelstand, die Dienstleister und die Industrie spüren den Fachkräftemangel in Deutschland deutlich.**

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel-Regierung wird Deutschland endlich, endlich ein **modernes Einwanderungsland**. Das Gesetz erleichtert den Einstieg in unseren Arbeitsmarkt. Es baut Bürokratie ab und hilft beim Zugang von Fachkräften aus dem Ausland.



Tobias B. Bacherle,
MdB Bündnis 90 / Die Grünen. © Foto: Deutscher Bundestag

Die neueste Nachricht dazu aus Berlin von Tobias B. Bacherle, MdB für B90 / Die Grünen, Betreuungs-Abgeordneter für den Kreis Calw

Neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz kommt

Am 19. Juni haben sich die Koalitionspartner auf ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Aus- und Weiterbildungsgesetz geeinigt. *„Dieses Gesetzesvorhaben trägt eine klare Grüne Handschrift und beinhaltet wichtige Änderungen, um die Ein-*

wanderung von Fachkräften zu erleichtern und die Aus- und Weiterbildung junger Menschen zu fördern“, erklärt der Bündnisgrüne Bundestags-abgeordnete Tobias B. Bacherle.

Das neue Gesetz erleichtert die Integration sowohl in die deutsche Gesellschaft wie auch in den deutschen Arbeitsmarkt. Auch Auszubildende sollen davon profitieren. Sie

werden nicht mehr nur „geduldet“ werden, sondern bekommen mit dem neuen Gesetz ihren Aufenthalt hier fest zugesprochen. Sie erhalten künftig einen „Aufenthaltstitel“, wie das in der Fachsprache heißt. Das trägt zur Bereitschaft der Arbeitgeber bei, Facharbeiter, Angestellte und Auszubildende aus dem Ausland einzustellen. „Darüber hinaus werden auch Hürden für die Einwanderung generell abgebaut, um Behörden zu entlasten und den Ankommenden ein angenehmes Willkommensgefühl zu vermitteln. Maßnahmen wie der Familienmitzug, schlankere Verfahren und die verstärkte Kooperation mit Außenhandelskammern tragen den Wünschen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft Rechnung,“ freut sich Bacherle über das neue Gesetzesvorhaben.

Bacherle betont, dass die Grünen damit einen bedeutenden Beitrag zur Gestaltung einer offenen und zukunftsorientierten Einwanderungspolitik leisten. „Deutschland bekommt jetzt endlich ein Einwanderungsgesetz, das dazu beiträgt, unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme in Zukunft zu erhalten“, sagt Bacherle.

© Text: Pressemitteilung Tobias B. Bacherle, MdB b90 / Die Grünen

© Albrecht Martin

© Sharepic, Kampagnenteam Die Grünen, Berlin

Das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz kommt!

- Mit der Chancenkarte können gut qualifizierte Menschen einfacher zum Arbeiten nach Deutschland kommen.
- Asylbewerber*innen, die schon im Land sind, können schneller und unbürokratischer Arbeit aufnehmen.
- Fachkräften wird es leichter gemacht, ihre Familien nach Deutschland mitzubringen.



Sigi Beck



Anke Much

V.s.d.P: Anke Much
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Calw
www.gruene-kreis-calw.de

